

## ***Es gilt das gesprochene Wort!***

*Franz Müntefering, Bundesminister für Arbeit und Soziales*

Rede anlässlich Eröffnung 3. Kurpfälzer Sozialtage am 12. November 2006 in Mannheim

Sehr geehrter Herr Generalvikar Dr. Keck,  
sehr verehrte Frau Kollegin Dr. Stolz,  
lieber Gerhard Widder,  
liebe Bundestags-Kollegen Lothar Mark und Lothar Binding,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, die Festrede zur Eröffnung der Kurpfälzer Sozialtage 2006 halten zu dürfen.

Für einen sozialdemokratischen Politiker ist das ja – auch wenn er katholisch ist – nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit.

Auf den zweiten Blick ist es dann aber doch gar nicht so erstaunlich. Schließlich hat der jetzige Papst Benedikt XVI. – damals noch Kardinal – schon 2004 festgestellt: „In vielem stand und steht der demokratische Sozialismus der katholischen Soziallehre nah.“

In diesem Sinne noch einmal herzlichen Dank für die Einladung!

Sehr geehrte Damen und Herren,

die katholische Soziallehre und die Sozialdemokratie haben Gemeinsamkeiten:

Zum Beispiel das Engagement für eine gerechte und solidarische Gesellschaft. Die Überzeugung, dass die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in unserer Gesellschaft ein erreichbares Ziel ist. Das Bemühen um Chancengerechtigkeit und das feste Wissen, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht umgekehrt.

Das alles eint uns.

Den Menschen Hoffnung geben: Unter diesem Zeichen stehen die diesjährigen Sozialtage.

Das geht nicht, wenn man nicht auch Hoffnung in die Menschen setzt. Wenn man nicht an sie glaubt.

Hoffnung strebt nach vorne und nach oben. Hoffnung haben heißt, davon überzeugt sein, dass Dinge besser werden können als sie jetzt und heute sind. Hoffnung ist deswegen ein ganz wichtiger – ein unverzichtbarer – Antrieb für Entwicklung – individuelle und gesellschaftliche.

Deswegen ist es wichtig, Hoffnung zu haben und weiterzugeben. Aber auch bereit zu sein, berechnete Zuversicht zu entwickeln. Und sie in Handeln umzusetzen.

Und wir haben Grund zur Hoffnung – oder besser noch: zur Zuversicht. Die Rahmenbedingungen sind so gut wie lange nicht. Wir haben stabiles wirtschaftliches Wachstum, das sich jetzt auch endlich auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt. Der Durchbruch ist geschafft.

Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Vorjahr um fast eine halbe Million Menschen gesunken. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und offene Stellen nehmen zu. Das zeigt: Die Reformen der vergangenen Jahre wirken – ebenso wie das 25-Mrd.-Programm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Entwicklung.

Das kommt auch den Menschen zugute, die es schwieriger als andere haben, in Beschäftigung zu kommen. Das sind junge und ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung und mit Migrationshintergrund. Aber unser Ziel bleibt, die Bilanz bei diesen Gruppen noch besser zu machen. Deswegen strengen wir uns für sie ganz besonders an.

Deswegen geht es darum, die Teilhabe aller an Beschäftigung zu verbessern. Denn Arbeit haben ist der entscheidende Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe. Chancen auf Ausbildung und Beschäftigung, Menschen möglichst nahtlos rein in Ausbildung und Beschäftigung zu bringen und zu verhindern, dass Menschen, die Arbeit haben, rausgesetzt werden – darum geht es. Und darum, dass wir Sicherheit im Wandel organisieren.

„Hoffnung ist ein gutes Frühstück, aber ein schlechtes Abendessen.“ Gesagt hat das der englische Philosoph Francis Bacon. Gemeint hat er damit: Dazwischen sollte das Tagwerk liegen – mit mutigem Handeln!

Dabei ist jede und jeder Einzelne in unserem Land gefragt, das ihr und ihm Mögliche beizutragen. Im täglichen Umfeld, aber auch im großen Zusammenhang.

Die Große Koalition nimmt diese Verantwortung an. Wir wollen, dass in unserem Land neues Vertrauen erwächst – Vertrauen in die Zuverlässigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme, in die Leistungskraft unserer Wirtschaft, Wachstum aber auch Arbeitsplätze zu schaffen. Und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik.

Die Große Koalition bietet die Möglichkeit, in den großen Themen zu Richtungsentscheidungen zu kommen, die bei der nächsten Wahl nicht wieder in Frage gestellt werden.

Aus diesem Vertrauen kann dann Sicherheit und Zuversicht – wir können es auch Hoffnung nennen – erwachsen.

Dabei ist wichtig, dass alle am selben Strang ziehen, in dieselbe Richtung und mit ganzer Kraft.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Deutschland ist stark, nicht obwohl, sondern weil es Sozialstaat ist. Nur aus sozialer Sicherheit und aus sozialem Frieden kann wirtschaftliche Kraft erwachsen. Deswegen ist es wichtig, dass wir das Notwendige tun, damit unsere sozialen Sicherungssysteme weiterhin auf festen Füßen stehen. Damit sie finanzierbar bleiben und im Kern solidarisch.

Um diese Solidarität zu organisieren, brauchen wir einen starken Staat. Damit meine ich keinen autoritären, vorschreibenden Staat. Sondern einen Staat, der seine Aufgaben zuverlässig erfüllen kann, der handlungsfähig ist. Ein solcher Staat braucht auch Einnahmen, das ist selbstverständlich.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Menschen für Menschen, Generation für Generation – ich kenne kein besseres Prinzip, um soziale Sicherheit und sozialen Ausgleich zu schaffen.

Aber dieses Prinzip braucht eine bestimmte Balance in der Gesellschaft. Eine Balance zwischen Alten und Jungen, zwischen Beschäftigten und Transferempfängern.

Die demographische Entwicklung verändert diese Balance: Wir leben immer länger. Und die meisten von uns glücklicherweise auch gesund. Pro Jahrzehnt kommen gut 2 Jahre dazu. Gleichzeitig nimmt aber die Zeit der Erwerbstätigkeit im Leben immer mehr ab – oft auch gegen den Willen der Betroffenen. Das kann nicht angehen, nicht rechnerisch, aber auch gesellschaftlich nicht.

Wir müssen vorsorgen, damit die Alterssicherung stabil bleibt:

- mit Veränderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung,
- mit privater und betrieblicher Vorsorge
- und mit besseren Beschäftigungschancen für Ältere.

Wir treffen jetzt die Entscheidungen, damit die gesetzliche Rentenversicherung auch in Zukunft das Kernstück der Alterssicherung bleibt. Betriebliche und private Vorsorge müssen dann dazukommen.

Um die gesetzliche Rentenversicherung stabil zu halten, haben wir beschlossen, ab 2012 das Renteneintrittsalter anzuheben. Auf 67 bis 2029.

Zum nächsten Jahr steigt der Rentenversicherungsbeitrag auf 19,9% und bleibt auf diesem Niveau für den Rest der Legislaturperiode.

Es ist wichtig, dass wir einen fairen Ausgleich zwischen den Generationen organisieren und dass die Menschen sich auf das einstellen können, was auf sie zukommt. Dass sie Planungssicherheit haben.

Deswegen wird das Renteneintrittsalter auch nicht über Nacht erhöht, sondern erst ab 2012, schrittweise bis 2024 pro Jahr um einen Monat ansteigend – ab 2024 dann bis 2029 um 2 Monate pro Jahr.

Da wo es sachlich gerechtfertigt ist, wird es Ausnahmen geben – aber wenige. Zum Beispiel für Menschen mit 45 Versicherungsjahren, langjährig Versicherte, erwerbsgeminderte und behinderte Menschen.

Und wir stärken die betriebliche und private Vorsorge. Die Riester-Rente ist schon jetzt ein Erfolgsmodell mit bisher schon fast 6,5 Mio. Verträgen. Wir werden die Förderung mit dem so genannten „Wohnriester“ noch weiter ausbauen. Das kommt vor allem Familien zugute. Und bei der betrieblichen Altersvorsorge haben wir den Insolvenzschutz verbessert. Das alles schafft Sicherheit für die Versorgung im Alter.

Wir setzen drittens ein Signal für mehr Teilhabe älterer Menschen am Arbeitsleben und am gesellschaftlichen Leben insgesamt.

Da ist viel zu tun: In Deutschland sind nur noch rund 45% der über 55- bis 65-Jährigen erwerbstätig – rund 55% sind es nicht mehr. In vielen Betrieben wird nicht mehr in die Weiterbildung von über 45-Jährigen investiert. Frei nach dem Prinzip: „Lohnt eh nicht mehr.“

In den vergangenen Jahren ist die Situation zwar schon besser geworden, aber noch immer grassiert in unserer Gesellschaft eine Form von Jugendwahn. Die Älteren werden aussortiert, ihnen wird gesagt: „Ihr gehört zum alten Eisen, wir können auf Euch verzichten.“

Das was da abläuft, ist in jeder Hinsicht problematisch. Volkswirtschaftlich und gesellschaftlich. Die Älteren laufen zwar nicht mehr so schnell und springen nicht mehr so hoch wie die Jungen, aber sie können was und sie leisten was und sie wollen noch was. Zu Recht.

Wir werden in Deutschland und Europa bereits in wenigen Jahren einen Fachkräftemangel haben – manche Branchen spüren den schon heute deutlich.

Weitblickende Unternehmen wissen: Das Erfolgsrezept ist ein Altersmix in den Belegschaften.

Wir können und wollen nicht auf die Erfahrung und Kompetenzen Älterer verzichten.

Andere Länder – etwa in Skandinavien – zeigen uns wie das gehen kann. Zum Teil gibt es da Beschäftigungsquoten von Älteren von über 70%.

Wir wollen bis 2010 mindestens 50% erreichen. Das haben wir auch in Europa in den Lissabon-Zielen vereinbart.

Und wir sind auf einem guten Weg: So ging die Arbeitslosigkeit der über 55-Jährigen im Oktober gegenüber dem Vorjahr um weitere 7,4% zurück.

Das macht Mut, daran knüpfen wir an. Wir bringen noch diesen Monat die Initiative 50plus auf den Weg. Damit wollen wir helfen, dass Ältere länger in Arbeit bleiben und leichter wieder in Arbeit kommen.

Wir erleichtern und vereinfachen arbeitsmarktpolitische Instrumente. Wir setzen gezielt auf einen Kombilohn für die über 50-Jährigen. Und auf mehr Weiterbildung und Qualifizierung. Denn da hinkt Deutschland hinterher – nicht nur bei den Älteren.

Wir brauchen aber vor allem einen grundlegenden Mentalitätswechsel. Politik macht den Anfang, aber damit er gelingt, braucht es die Unterstützung aller: der Sozialpartner, der Verbände, auch der Kirchen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Große Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, mehr Menschen Chancen auf Arbeit zu geben.

Es geht aber nicht einfach um Vorfahrt für Arbeit, nicht um Vorfahrt für irgendwelche Arbeit, sondern um Vorfahrt für gute Arbeit.

Menschen sind nicht genormt. Deswegen kann es auch keine allgemeingültige Norm für gute Arbeit geben.

Aber klar ist doch: Gute Arbeit ist Arbeit, bei der die Würde des einzelnen Menschen geschützt ist: Arbeit, die nicht krank macht. Arbeit, die Teilhabe und Teilnahme und Weiterentwicklung ermöglicht. Arbeit, die gerecht entlohnt wird.

Deshalb: Sozial ist, was menschenwürdige Arbeit schafft.

Da haben wir viel erreicht. Aber wir haben auch noch einiges zu tun.

Ein Beispiel sind die Löhne in Deutschland. Insgesamt 15-20% der Löhne bewegen sich derzeit im so genannten Niedriglohnbereich. Über 400.000 Menschen arbeiten Vollzeit zu Löhnen, die so niedrig sind, dass sie aufstockendes Arbeitslosengeld II bekommen. Zu einem großen Teil haben diese Löhne nichts mit der Produktivität zu tun. Es sind reine Marktlöhne, die die Machtverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausdrücken.

Viele Menschen im Land haben derzeit das Gefühl: Nach oben ist der Deckel drauf, der freie Fall nach unten ist eröffnet.

Und wenn Menschen das Gefühl bekommen, dass Politik sie allein lässt mit ihren Existenzängsten, ist das auch eine Frage der Glaubwürdigkeit von Politik – auch der Glaubwürdigkeit von sozialer Demokratie.

Es geht also um mehr als um volkswirtschaftliche Daten, es geht um Menschenwürde und darum, dass Politik hier Handlungsfähigkeit beweist und wir hier Ordnung reinbringen.

Wir befinden uns mitten in der Diskussion über verschiedene Lösungsmodelle. Auf der Tagesordnung unserer Arbeitsgruppe stehen Mindestlohn, Kombilohn, Entsendegesetz und Zuverdienstregelungen.

Ende des Monats werden wir an das Kabinett berichten und auf der Grundlage beschließen, wie wir das Ziel am besten erreichen. Dabei kommt es mir weniger auf die Instrumente an, sondern darauf, dass in Deutschland künftig wieder faire Löhne gezahlt werden, Löhne von denen Menschen leben können.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Katholische Arbeitnehmerbewegung hat eine bald 160-jährige Tradition im Streiten für Arbeitnehmerrechte.

Dazu gehört auch das Streiten für betriebliche Mitbestimmung auf gleicher Augenhöhe.

Auch funktionierende Mitbestimmung gehört zu guter Arbeit. Sie ist außerdem unbedingt ein Standortvorteil.

Wir haben in Deutschland ein hohes Niveau erreicht, das wir verteidigen wollen. Auch innerhalb eines zusammenwachsenden Europa.

Seit dem letzten Jahr erarbeitet eine Regierungskommission unter Vorsitz von Professor Biedenkopf Vorschläge für eine europataugliche Weiterentwicklung des deutschen Mitbestimmungsmodells.

Das macht Sinn, auch deswegen, weil immer mehr Unternehmen schon heute europäische Unternehmen sind und grenzüberschreitend arbeiten. Das wird zunehmen.

Dabei haben wir mit den Richtlinien über die Beteiligung in der Europäischen Gesellschaft und Europäischen Genossenschaft schon wichtige Schritte in die richtige Richtung gemacht.

Daran wollen wir anknüpfen: Keiner Herr – keiner Knecht! Das soll auch zukünftig das Prinzip von Mitbestimmung sein – in Deutschland, in Europa und in der Welt.

Unsere Zukunft liegt in Europa! Es wird Europa nicht gerecht, es einfach nur als wirtschaftliche Einheit zu definieren. Auch als solche ist es wichtig – zweifellos.

Wenn Europa aber die Menschen mitnehmen möchte, ist es auch wichtig, klar zu machen: Europa ist eine Wertegemeinschaft. Das gehörte nach den Jahrhunderten, in denen die europäischen Staaten Krieg gegeneinander geführt haben, genauso zur Überzeugungskraft der europäischen Idee wie das Versprechen von wirtschaftlichem Wohlstand.

Das schließt ein, dass Europa eine soziale Dimension hat, die wir gestalten wollen.

Europa ist soziale Wirtschaftsmacht und globale Friedensmacht – nach innen und nach außen.

Deutschland wird ab Januar für 6 Monate die Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union übernehmen. Wir wollen deutliche Akzente setzen: für die Europäische Verfassung, für Innovation und mehr Chancengerechtigkeit und für ein sozial verfasstes Europa.

Ich erwarte mir auch dafür von den Kurpfälzer Sozialtagen interessante Impulse und Ideen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir brauchen etwas mehr an Mannschaftsgeist in unserer Gesellschaft und Leute, die mitspielen – als Stürmer und als Verteidiger, im Mittelfeld und im Tor. Und weniger, die auf der Tribüne sitzen und kritisieren aus der Entfernung, was ihrer Meinung nach alles falsch läuft. Es ist wichtig, aufs Spielfeld zu gehen und mitzumachen. Nicht nur besser wissen, auch besser machen!

Nicht, dass ich falsch verstanden werde: Demokratisch gewählte Politiker sind dafür gewählt, zu handeln und die Dinge zum Besseren zu bewegen. Was ich aber sagen möchte ist: Sie brauchen die Unterstützung der ganzen Gesellschaft, wenn das ein Erfolg werden soll.

Die Kurpfälzer Sozialtage machen deutlich: Es gibt Leute, die mitmischen, die sich einbringen, die mit anpacken wollen.

Ich wünsche uns allen, dass dieses Signal weit ausstrahlt. Dass es Hoffnung gibt!

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!